Die volle Dröhnung: *Das Dorf Roggenstede hat 260 Einwohner. Drumherum stehen 213 Windkraftanlagen – deutscher Rekord.*

Foto privat

Windige Geschäfte

Ostfriesland ist mit Windrädern zugepflastert. Bürger leiden unter Lärm und wettern gegen einen angeblichen Filz aus Politik und Windkraftbetreibern. Ein Besuch im umkämpften Gebiet. *Von Michael Ashelm*

Hermann Oldewurtel sitzt in seinem Büro und rührt in der Teetasse. Dann steckt er sich eine Zigarette an und erzählt. Von dem Druck in der Luft, von den Kopfschmerzen, den tränenden Augen und der Übelkeit. Weht der Wind zwei bis drei Tage, beginne die Haut zu jucken. Und wenn er abends im Bett liegt, stolpere das Herz und der Blutdruck gehe hoch. „Morgens ist man so gerädert, als hätte man gar nicht geschlafen."

Wieder hat der Unternehmer, 60 Jahre alt und aus Ostfriesland, eine Mail an das Bauamt des Landkreises Wittmund geschickt und auf die Situation mit den Windkraftanlagen vor seiner Haustür aufmerksam gemacht. Es sei ein Skandal und könne nicht sein, dass ein riesiger Industriepark ohne behördliche Überwachung ans Netz gehen dürfe. Selbst bei wenig Wind seien die Objekte gesundheitsgefährdend. Die Nachbarn sähen es genauso. „Wir empfinden das wie ein Sterben auf Raten", schrieb Oldewurtel auch im Namen seiner Lebensgefährtin. Er forderte, die Räder in der Nacht abzuschalten.

Aber die Kolosse drehen sich und drehen sich. Auf das Anwesen Oldewurtels in der zerstreuten Geest-Siedlung Utgast drückt eine Wand mit Windrädern. Besonders schlimm sei es bei Westwind, wenn das Wummern der Anlagen direkt auf Haus und Hof treffe. Im Windpark stehen 42 Einzelmühlen – jeweils um die 100 Meter hoch. Die Entfernung zu Odewurtels Haus? Zum Teil nur 550 Meter. Der Kritiker betreibt Sandgruben, ist im Nassbaggerei-Geschäft für große Bauprojekte tätig, er kennt sich aus. Er will die Behörden jetzt zwingen, etwas an dem für ihn unerträglichen Zustand zu verändern – wenn nötig, mit einer Klage. Das Bauamt des Landkreises beruft sich auf vorhandene Genehmigungen, verspricht aber zumindest Schallmessungen.

Der Fall in Utgast ist Teil einer größeren Geschichte. Denn die Verwerfungen der Energiewende mit dem beschleunigten Ausbau der Windkraft werden in Ostfriesland für immer mehr Kritiker in besonders erschreckender Weise sichtbar. Nach Vorgabe des niedersächsischen Entwicklungsplanes für Windenergie hat die Küste ihr Soll derzeit um das Sechsfache übertroffen. Von den 6000 Anlagen in Niedersachsen drehen sich 2000 Windräder allein auf diesem Flecken Erde. In ganz Deutschland sind es derzeit rund 28000. Für manch einen ist der ostfriesische Küstenstreifen zu einem verspargelten Großindustriegebiet verkommen – und das in Front des Nationalparks Wattenmeer.

Ein Geflecht aus Herstellern, Projektierern, Betreibern, Behörden und Politik sorgt in der Bevölkerung für zunehmenden Unmut. Die Rendite aus der milliardenschweren EEG-Subvention ließen die Windräder wie Pilze aus dem Boden schießen. Zig Bürgerinitiativen versuchen, neue Ausbaupläne zu verhindern und zweifelhafte Verquickungen zwischen dem Windkraft-Business und Kommunalpolitikern aufzudecken. Die rot-grüne Landesregierung in Hannover treibt den Ausbau voran, die CDU hält still. Deren Klientel sind die Bauern, welche als Landverpächter ebenfalls von Windkraftanlagen profitieren. Eine brisante Gemengelage – und am Sonntag in einer Woche steht die Landtagswahl in Niedersachsen bevor. Es geht auch darum, wie ernst der Staat seine Bürger nimmt.

Im pittoresken Landhaus von 1870 der Familie Knake in Holtgast sind sie an diesem Nachmittag zusammengekommen. Es gibt Kaffee und Kuchen. Manfred Knake, Biologielehrer im Ruhestand, der fast jeden Tag draußen umherstreift und mit seinem Fernglas nach Vögeln Ausschau hält, spricht von „myzelähnlichen Verfilzungen". Der Öko-Veteran bekämpft heute die grüne Windkraft-Politik. „Unsere Landschaft wird an Geschäftemacher verscherbelt und in eine industrielle Fläche umgewandelt – ohne Rücksicht auf Verluste", sagt Knake.

Er zählt auf, wo Altanlagen in Naturschutzgebieten liegen. Im Windpark Utgast sollen die ausgetauschten und größeren Anlagen (Repowering) zu nahe an das Vogelschutzgebiet Ostfriesische Seemarsch heranreichen. Vogel- und Fledermausdaten seien ignoriert worden. Für jedes neue Windrad hätte eine Umweltverträglichkeitsprüfung angefertigt werden müssen. Dies sei nicht passiert. Rausgefunden hat das auch die FDP in Niedersachsen mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung. Der Fraktionsvorsitzende und FDP-Landeschef Stefan Birkner sagt: „Wer sich mit der in manchen Landkreisen geübten Genehmigungspraxis für Windparks beschäftigt, dem kann angesichts der an den Tag gelegten Hemdsärmeligkeit die Assoziation zu einer Bananenrepublik nicht verübelt werden." Auch wissenschaftliche Gutachten über die Auswirkungen auf Flora und Fauna landeten offensichtlich ungelesen im Papierkorb. Die Landesregierung scheine diese Praxis zu decken und sehe keine Verstöße gegen das geltende Recht.

Mitten durch dieses Schutzgebiet bei Utgast verläuft auch eine illegale Umgehungsstraße, welche mehr als acht Millionen Euro gekostet hat und für die ein Landbesitzer unrechtmäßig enteignet wurde. Jetzt ist sie gesperrt. Der Steuerzahlerbund nannte die Straße gerade den „längsten Schwarzbau Deutschlands".

Christiane Böök, Knakes Ehefrau, hat die Aktenordner bereitgelegt, in denen sie Belege für den vermeintlichen Filz gesammelt hat. Handelsregisterauszüge, Kopien von Briefen. Ihr Fazit: In fast allen Gemeinderäten der Landkreise Aurich und Wittmund sitzen Mitgesellschafter von Windparks. Auf Anfrage dieser Zeitung räumen das einige Bürgermeister ein. Der parteilose Gemeindechef von Esens, Harald Hinrichs, spricht von „Einzelfällen" in einigen Ortschaften. Gemeinderatsmitglieder, die über Windkraftprojekte abgestimmt hätten, seien als Kommanditisten involviert. Er hält dies für „problematisch". Der Bürgermeister der Gemeinde Hinte, Manfred Eertmoed (SPD), selbst nebenher Geschäftsführer einer Wind-GmbH, wofür er aber keine finanzielle Entschädigung erhalte, kritisiert die Bürgerinitiativen für ihre vorgefertigten Standpunkte. Er formuliert die hehre Absicht, dass seine Gemeinde mit dem Bau der Windenergieanlagen die Bundesrepublik auf dem Weg zur atomfreien und grünen Energieproduktion unterstützen wolle. Aber geschieht das auf Kosten der eigenen Bürger?

Mütter berichten von ihren Kindern, die nachts weinend im Bett stehen, weil sie aufgrund der Brummgeräusche und Vibrationen angeblich nicht schlafen könnten. Fachleute warnen vor den modernen Anlagen mit Spannweiten größer als ein Jumbo, die zumeist vor Dörfern und Siedlungen in geringem Abstand plaziert würden. Bei jedem Durchgang eines Rotorblatts vor dem Mast werde eine Druckwelle erzeugt. Je tiefer die Frequenz, desto weiter würde der Schall in der Luft transportiert. Sehr tiefe Frequenzen könnten zudem auch durch geschlossene Gebäude hindurch übertragen werden. Diese niederfrequenten Schwingungen, die vom Ohr nicht mehr wahrgenommen würden, erzeugten bei 10 bis 30 Prozent der Menschen Stressreaktionen, wie sie Oldewurtel wahrnimmt. Hinzu kämen Vibrationen der Windkraftanlagen, die sich vom Fundament über den Boden ausbreiten. Kritiker sehen einen Abstand zur Wohnbebauung, der fünfzehn Mal so groß ist wie das Windrad hoch, für dringend geboten. Sie monieren, dass der rechtliche Rahmen für Genehmigung und Betrieb von Anlagen nicht mehr ausreiche, um den Schutz der Gesundheit zu gewährleisten.

Der Windkraftausbau nimmt bizarre Züge an: Der kleine Ort Roggenstede mit 260 Einwohnern ist von 213 Anlagen umstellt. In Großheide besetzte eine Gruppe mit mehreren Familien das Rathaus und bat mit Schlafsäcken um Asyl. Der zuständige Landrat des Kreises Aurich, Harm-Uwe Weber (SPD), zeigt sich wenig beeindruckt. In seinem Landkreis ist der Windparkgeschäftsführer auch der Leiter des Ordnungsamtes. Anlagen werden vom Landkreis selbst betrieben – gleichzeitig genehmigt und kontrolliert. Eigentlich handelt es sich um einen nicht zulässigen Interessenkonflikt. Doch wie immer spielte Hannover mit und legalisierte die Praxis mit der nachträglichen Änderung des Paragraphen 136 der niedersächsischen Kommunalverfassung am 1. November 2016. Der pensionierte Gymnasiallehrer Harald Frauenknecht, ein Mitstreiter Knakes, sieht die „schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates".

Nach Ansicht des Kommunalrechtsprofessors Michael Frey von der Hochschule Kehl wird es Bürgermeistern und Gemeinderäten zu leicht gemacht, sich selbst zu bedienen. Er fordert stärkere Kontrollen, ob Vertreter in Entscheidungen für solche Projekte befangen sind. „Das Vertrauen in die Richtigkeit der kommunalen Entscheidungen hängt von der politischen Hygiene ab. Unabhängig von der rechtlichen Sphäre gibt es eine moralische, welche von den politischen Mandatsträgern zu achten ist." Deshalb müssten Interessenkonflikte vor einer Entscheidung auf den Tisch. Doch gegen diese Pflicht würde auf kommunaler Ebene noch häufig verstoßen.

Die Windräder, über die gestritten wird, kommen in der Region fast immer von Enercon. Das Weltunternehmen sitzt in Aurich. Der Konzern bestimmt vieles in der Stadt. Ausschreibungen gibt es selten. Enercon-Gründer Aloys Wobben wurde zum Milliardär. Hersteller, Projektierer und Banken kennen sich gut. Maßgebliche Vertreter wohnen sogar Tür an Tür. Im futuristischen Besucherzentrum auf einer künstlichen Insel flimmern auf den Videowänden Windrad-Riesen in einsamer Natur. Ein sauberes Image.

Maßgebende Projektierer und Betreiber wie die Norderland GmbH aus Ostfriesland betonen, dass alles legal laufe. „Wir werden von manchen Leuten immer in die Ecke von Korruption gerückt – das ist völlig abwegig", sagt Manfred Wiards von Norderland. Vielmehr sorge man mit den Pachtzahlungen an die Bauern dafür, dass weniger Landwirte insolvent gingen. Und die politischen Mandatsträger würden in die Betreibergesellschaften als Kommanditisten aufgenommen, damit sich die anderen beteiligten Bürger sicherer fühlten.

Und Hermann Oldewurtel? Er will weg. Sein Haus und Büro verlassen. Er hält es nicht mehr aus. Den Hof würde er aber für Forschungszwecke zur Verfügung stellen.